

Eva Hahn / Hans Henning Hahn

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950: Ein umstrittenes Dokument

in:

Gunilla Budde / Dagmar Freist / Dietmar von Reeken (Hg.): *Geschichts-Quellen. Brückenschläge zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik*. Festschrift für Hilke Günther-Arndt, Berlin 2008, S. 69-89

Beim Festakt des Bundes der Vertriebenen anlässlich des 50. Jahrestags der *Charta* sagte der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Festrede: „Ich will deshalb gern die Gelegenheit nutzen, zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen dieses Dokument – das ja bereits ein Ergebnis des Nachdenkens über Flucht, Vertreibung und Umsiedlung war – ausdrücklich zu würdigen.“ Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel (CDU), erinnerte bei derselben Gelegenheit an die vor 50 Jahren in Stuttgart Versammelten: „Sie haben mit der Charta der Vertriebenen ein singuläres Dokument des Friedenswillens und der Versöhnung verabschiedet. Fünf Jahre nach dem Krieg, als alle Wunden der Flucht und Vertreibung, der Verschleppung und der Obdachlosigkeit noch offen waren.“ Im Jahre 2003 erinnerte der damalige Bundespräsident Johannes Rau, ein Sozialdemokrat, mit folgenden Worten an die *Charta*: „Sie war ein zukunftsweisendes Zeichen für Einsicht, Mut und Hoffnung“. Zur gleichen Zeit forderte der Bundesrat die Bundesregierung auf, „den 5. August, den Tag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, zum ‚Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung‘ zu bestimmen“. Dem Wunsch wurde von der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit dem Hinweis auf die schon existierenden Formen des staatlichen Gedenkens an die Vertreibung nicht entsprochen, obwohl auch die Regierung der Meinung war, dass die *Charta* „ein herausragendes Dokument der Versöhnungsbereitschaft der deutschen Vertriebenen“ sei. Die CDU/CSU setzte sich auch weiterhin dafür ein, „in Würdigung der Proklamation der Charta der deutschen Heimatvertriebenen einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit zu schaffen“, wie es 2005 ihre damalige Spitzenkandidatin und spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte. Die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* genießt nach über einem halben Jahrhundert ganz offensichtlich ein hohes Ansehen im deutschen politischen Leben.

Zugleich wird die *Charta* aber auch als „ein klassisches Beispiel historischer Unterschlagungen“ kritisiert: „Die ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ ist ein überzeugendes Dokument innerer Beziehungslosigkeit zur Welt der Naziopfer, der unaufhebbaren, unkaschierbaren Ferne zu ihrer Gefühls- und Leidensgeschichte. Es ist ‚die andere Seite‘, die hier spricht, antifaschismusfremd, ohne nazigegnerischen Tenor.“ Der bekannte Schriftsteller und Publizist Ralph Giordano verurteilt das Dokument mit scharfen Worten, und der Kulturwissenschaftler Micha Brumlik stimmt ihm zu: „Eine unvoreingenommene Lektüre dieses zentralen Dokuments kann tatsächlich zu keinem anderen Schluß führen, vielmehr wird eine etwas genauere Betrachtung sogar zeigen, daß darin Verleugnung und Verdrängung des Nationalsozialismus in geradezu idealtypischer Weise zum Ausdruck kommen.“ Brumlik lehnt es sogar ab, über das als „Zentrum gegen Vertreibungen“ bekannt gewordene Museumsprojekt des Bundes der Vertriebenen, der Dachorganisation der Vertriebenenorganisationen, auch nur zu diskutieren: „Solange der Bund der Vertriebenen seine völkische ‚Charta‘ nicht außer Kraft setzt, braucht man über ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ gar nicht erst nachzudenken.“ Die traditionsbildende Wirkung der *Charta* kritisiert auch der Politologe Samuel Salzborn: „Diese am 5. August 1950 in Stuttgart proklamierte Charta ist die bis heute wichtigste politische Erklärung der Vertriebenenverbände. In ihr wird Auskunft über das Geschichts- und Gesellschaftsverständnis der Vertriebenenverbände gegeben [...] So war es auch kein Zufall, dass die Charta der deutschen Heimatvertriebenen anlässlich des fünften Jahrestags der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens proklamiert worden ist: als Protest gegen das so verstandene ‚Unrecht‘ von Potsdam. Und damit steht mit der Anerkennung der Art und Weise, wie die Vertriebenenverbände eine Aufarbeitung der Vergangenheit betreiben wollen, politisch auch nichts weniger auf dem Spiel als die europäische Nachkriegsordnung“, warnt Salzborn.

Deutschland ist ein gespaltenes Land, stellte einer der bekanntesten deutschen Schriftsteller, Kurt Tucholsky, im Jahre 1929 fest, und zu einer ähnlichen Feststellung könnte man heute kommen, wenn es um die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* geht. Ein Rückblick auf deren Geschichte sowie eine genauere Lektüre des umstrittenen Dokuments mag hier zu einer Orientierung verhelfen.